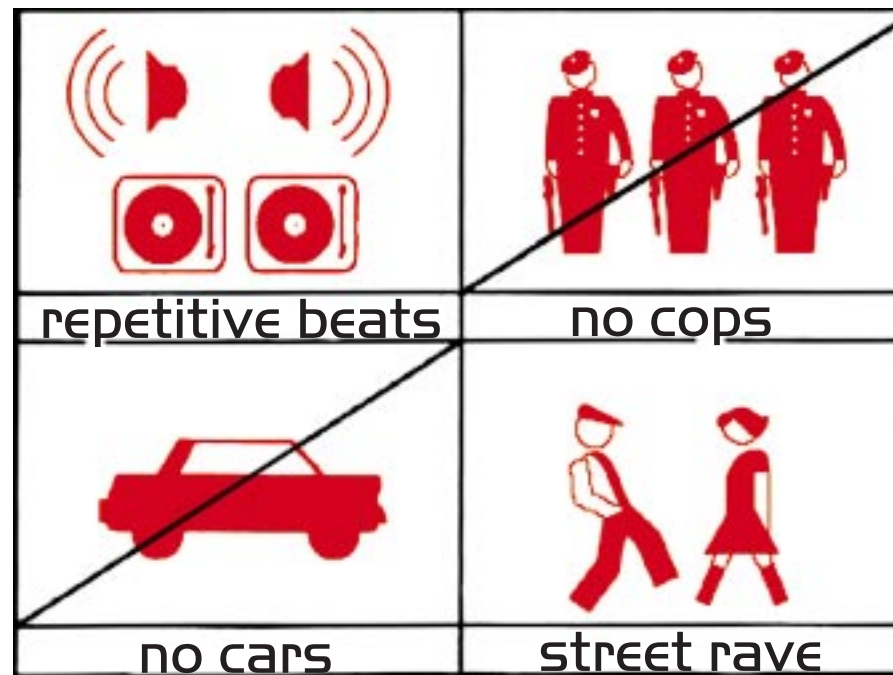




In diesem Heft:

Hochschule Neue Studie zu Studiengebühren

Thema Ordnungspartnerschaften und Innenstadtsäuberungen

Film *Sweet and Lowdown* von Woody Allen

Anarchospaßredaktion?

2313 wird erdacht, diskutiert, verworfen, verflucht, wiedergefunden, produziert, herausgegeben, verteilt und z.T. wiedereingesammelt von ein paar FachschafterInnen und ein paar bekennenden NichtfachschafterInnen.

Seit dem Sommersemester 1999 erscheint die 2313 regelmäßig (im Semester wöchentlich) auf dem Campus der Ruhr-Universität Bochum und wird herausgegeben von den Fachschaftsräten Ostasienwissenschaften, Film- und Fernsehwissenschaften, Sozialwissenschaften, Biologie, Theaterwissenschaft und Mathematik. Die aktuelle Ausgabe findet ihr dienstags und donnerstags in den Mensen, den G-Cafeten, am notstand im Mensafoyer und vor dem Sowi-FR.

Jedoch nicht nur als Forum für die kritische Auseinandersetzung der Fachschaften mit den Themen der lokalen, regionalen und überregionalen Hochschulpolitik; sondern auch als Raum für allgemeinpolitische Auseinandersetzungen von Initiativen, Arbeitsgruppen, Lesekreisen und Einzelpersonen. So sind nicht nur Beiträge zu Hochschulpolitik oder mit lokalem Unibezug (AkaFö, AStA, Rektorat, Gremien, Fachbereiche) vertreten,

sondern es ergibt sich eine recht weite Bandbreite von Artikeln beispielsweise zu Antifaschismus, Feminismus, Antimilitarismus, Ökologie, Drogen, Geschlechterverhältnissen, Asylpolitik, Kultur und kritischen Wissenschaften. Dabei geht es sowohl um den Bezug zur aktuellen Lokal-, Landes- und Bundespolitik, wie auch um theoretische Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen. Ältere Ausgaben gibt es online (s. Impressum).

Wir freuen uns über Interesse an Mitarbeit in der Redaktion, Artikel, Buch- und CD-Vorstellungen, Kinorezensionen, Terminhinweise wie Kritik und LeserInnenbriefe.

2313 wird gelesen, vollgeascht, begutachtet, verflucht, kritisiert und lautstark beschimpft von Euch aufmerksamen LeserInnen und Lesern.

Das 2313-Cover



„reclaim the streets“

Plakat mit Demo-Aufruf gegen die Privatisierung öffentlicher Räume zum 27. September 1998 in Berlin.

Aus: HKS 13 (Hrsg.): hoch die kampf dem – 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen, Hamburg, Berlin, Göttingen 1999.

Unsoziale Gebühren

Bezahlt die Krankenschwester das Studium des Arztsohnes?

Solche oder ähnliche Schlagzeilen bestimmen zur Zeit die Pressemeldungen zum Thema Studiengebühren, und häufig beantworten die AutorInnen die selbstgestellte Frage mit „Ja!“. Nicht so das Deutsche Studentenwerk DSW, in dem die örtlichen Studentenwerke (in Bochum AkaFö genannt) organisiert sind: Während eine wachsende Zahl von GebührenbefürworterInnen das Gegenteil behauptet, bestätigt eine Studie im Auftrag des DSW, was die GegnerInnen von Studiengebühren immer schon anführten: Studiengebühren sind unsozial.

Das DSW gehört damit zu den wenigen nicht-studentischen Organisationen, die sich explizit gegen Studiengebühren aussprechen. BefürworterInnen von Studiengebühren führen immer häufiger an, nicht Studiengebühren, sondern deren Abwesenheit sei unsozial. Eine kleine Elite lasse sich ihr Studium von den Steuern der FacharbeiterInnen und VerkäuferInnen finanzieren, um nach dem Studium bei verbesserten Arbeitsmarktchancen und höheren Löhnen das große Geld zu machen. Von einer Umverteilung von unten nach oben ist die Rede, sollen doch diejenigen das Studium finanzieren, die später davon profitieren. Wer so argumentiert, stützt sich dabei meist auf eine Studie, die Karl-Dieter Gröske von der Uni Erlangen-Nürnberg 1994 erstellte. Gröske führt unter anderem aus, dass AkademikerInnen die öffentlich getragenen Hochschulkosten nur zu einem Teil durch höhere Steuern refinanzieren würden, der Rest folglich von den Steuern der Nicht-AkademikerInnen finanziert werde. Eine von R. Sturn und G. Wohlfahrt im Auftrag des DSW erstellte Studie zu „Umverteilungswirkungen der öffentlichen Hochschulfinanzierung in Deutschland“ überprüfte

unter anderem die methodischen Grundlagen der Gröske-Studie.

studiengebühren unsozial

Die Studie von Sturn/Wohlfahrt kommt zu der Erkenntnis, dass einkommensschwache Haushalte Nettogewinner eines gebührenfreien Systems sind, da sie durch ihr geringes Steueraufkommen auch nur einen geringen Beitrag zur Hochschulfinanzierung leisten.

AkademikerInnen zahlen auf Grund der „entgangenen Glättungsvorteile“ meist sogar mehr zurück, als sie an Leistungen während des Studiums erhalten haben. Durch den späten Berufseinstieg und das progressive Steuersystem zahlen AkademikerInnen mehr Einkommensteuern als Nicht-AkademikerInnen mit gleichem Lebensinkommen.

Die häufig geforderte „Akademikersteuer“ ist also faktisch bereits Realität.

Wer aus Gründen der Sozialverträglichkeit gegen Studiengebühren eintritt, wurde von GebührenbefürworterInnen mit Hilfe der Gröske-Studie immer wieder zu überzeugen versucht oder gar als unwissend hingestellt. Die aktuelle Studie kann hier als nützliche Argumentationshilfe gegen Studiengebühren dienen.



weitere Infos beim Aktionsbündnis gegen Studiengebühren unter <http://www.studis.de/abs/> die aktuelle Studie unter <http://www.studentenwerke.de/aktuell/info230300.htm>

Inhalt

Seite 2: Aktuelles

Seite 3: Hochschule: Studiengebühren

Seite 4: Thema: Innenstadtsäuberungen

Seite 6: Veranstaltung: Freiheit für Mumia Abu Jamal

Seite 7: Film: Sweet and Lowdown von Woody Allen

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den Fachschaftsräten OAW, FFW, SoWi, Bio, TW und Mathe der RUB.

Redaktion: Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Christoph Hassel, Hans Martin Krämer, Maren Michels, Henrik Motakef, Bernd Reinink, Charlotte Ullrich, Martin Winterhalder

V.i.S.d.P.: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bochum

Kontakt: c/o FR Sowi, GC 04/150, RUB, 44780 Bochum, Fax: 0234/9705081, E-Mail: 2313@gmx.de

WWW: <http://www.crosswinds.net/~online2313>

Kerstin Puschke

Zero Tolerance

Da Unsicherheitsempfindungen weniger das Produkt direkter Erfahrungen sind, sondern vor allem durch das Reden über Gefahren entstehen, stärken die Sicherheitskampagnen der Politik und der einschlägigen Institutionen eher die Kriminalitätsfurcht, als sie abzubauen.“ (SpaceLab)

Die Strategie der „3-S“ („Service, Sicherheit, Sauberkeit“) wird nicht nur von der Bahn AG verfolgt. Die Konzeption der Innenstädte richtet sich in erster Linie nach marktwirtschaftlichen Kriterien, so werden die Steigerung des Warenumsatzes (bedingt durch „stressfreien“ Aufenthalt und Konsum in der Innenstadt) und profitable Immobilienverwertung in direkte

Beziehung zu Sicherheit und Ordnung gesetzt. Vormalig öffentlicher Raum wie z.B. Bahnhöfe, Züge des öffentlichen Personennahverkehrs, oder auch Fußgängerzonen geraten zunehmend unter privatwirtschaftliche Kontrolle und somit auch unter die Aufsicht privater Sicherheitsdienste. Im Rahmen von so genannten Ordnungspartnerschaften arbeiten hier Ordnungs- und Sozialpolitik gemeinsam mit Einzelhandelsverbänden an der „Lösung“ einer gemeinsamen Aufgabe, Armut Verelendung und nicht-konformes soziales Verhalten unsichtbar zu machen. Mit Hilfe des Hausrechts werden öffentliche Räume umdefiniert, während städtische Behörden Betteln, Alkoholkonsum oder Lagern als Ordnungswidrigkeit definieren. In den Modellstädten in NRW (Bielefeld, Dortmund, Hagen, Düsseldorf, Krefeld und Köln) wird die „Ordnungspartnerschaft“ beworben und bejubelt.

service

Was aber ist eine Ordnungspartnerschaft? Auf der Homepage der Polizei Düsseldorf findet sich dazu: „Eine verbindliche Definition des Begriffes Ordnungspartnerschaft besteht nicht.“ Ein sehr vager Begriff also, der

einer freien Interpretation eine Menge Spielraum gibt. Liest man etwas weiter, wird deutlich, dass „in der Steigerung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung, einem guten Informationsaustausch und einer Verbesserung der Lebens-, Aufenthalts- und Standortqualität“ das eigentliche Anliegen der „Ordnungspartner“ liegt. „Investitionen in Millionenhöhe werden weiterhin in die Sicherheit des öffentlichen Personennahverkehrs fließen. Das soll ein Beitrag dazu sein, die Sicherheit und Ordnung in Düsseldorf zu erhalten und auch zu verbessern. Damit soll die Lebensqualität in der Landeshauptstadt gesteigert werden.“

Lebensqualität wird durch „Sicherheit und Ordnung“ gesteigert; eine solche Aussage in Zeiten, wo eine soziale Grundversorgung vom Staat immer weiter abgebaut wird, scheint auf den ersten Blick absurd. Betrachtet man aber, um wessen Sicherheit es sich in erster Linie dreht, um die der Besitzenden, Herrschenden nämlich, so wird klar, dass mit dem gesamten Sicherheitsdiskurs vom Abbau sozialer Standards abgelenkt und für Absicherung vor eventuellen Unruhen durch verschärfte Überwachung und gewalttätige Repression im Vorfeld Akzeptanz geschaffen werden soll.

sicherheit

Um „auf Probleme verursachende Personengruppen oder Einzelpersonen so einzuwirken, dass diese ihre an den Tag gelegten Verhaltensweisen ändern bzw. ihr sozial schädliches Verhalten einstellen“ (Zitate entstammen der Homepage der Polizei Dortmund.), [...] werden „Verstöße gegen die ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Dortmund konsequent geahndet und der Betroffene mit einer Ordnungswidrigkeitenanzeige, ggf. auch Strafanzeige belegt. Über die Ahndung des Verstoßes mittels einer Ordnungswidrigkeitenanzeige hinaus werden diese Personen mit einem Platzverweis belegt.“ Im „Wiederholungsfall“ werden Menschen, die ihre Hunde unangeleint herumlaufen lassen, in der Öffentlichkeit Alkohol konsumieren oder sich aber „rüpelhaft benehmen“ in Gewahrsam genommen.

„Grundsätzlich hat hier die Aussage ‚Wo die Polizei vor Ort ist, herrscht Recht und Ordnung‘ ihre Umsetzung gefunden.“

sauberkeit

Die „Aktion Sicherheitsnetz“ Manfred Kanthers, in deren Rahmen die so genannten Ordnungspartnerschaften entwickelt wurden, begründet sich nicht aus einer steigenden Kriminalität, vielmehr wird das „Sicherheitsempfinden“ der BürgerInnen beschworen. Da dies keine besonders klare rechtliche Definition hergibt, sind zwei vorausgehende Schritte nötig. Zum einen, wie bereits erwähnt, werden öffentliche Räume privatisiert (Beispiele dafür haben wir in Bochum zur Genüge: Europapassage, Citypoint/Drehscheibe,

Sparkassen-„Galeria“; die hier zuständigen Sicherheitsdienste berufen sich auf ihr Hausrecht und bestimmen somit, wer hier etwas zu suchen hat und wer nicht. Pläne für die Überdachung der Kortumstraße gibt es bereits ...). Damit polizeiliches Einschreiten ermöglicht wird, sollen zum anderen die „Kommunen in ordnungsbehördlichen Verordnungen regeln, was nach ihrer Entscheidung nicht erlaubt sein soll.“ (Innenministerium NRW). Die Definition und Konstruktion von „Problemgruppen“, deren sozialpolitische Aussonderung sowie ihre polizeiliche Vertreibung und Ausgrenzung ist nichts weiter als das wahre Gesicht unseres kapitalistischen Sozialstaates.

Jonas Laß

Wir sorgen für Ihre Sicherheit!

New York tut es schon lange, Düsseldorf fängt damit an, Essen macht's gerade klar und Bochum denkt drüber nach: Das Säubern der Innenstädte von unliebsamen Personen.

Der Düsseldorfer Stadtrat hat den Vogel abgeschossen. Die neue 'Sicherheitsverordnung' sieht vor, „aggressives Betteln“, „Campieren“ vor Ladeneingängen und Übernachten bzw. Schlafen auf öffentlichen Plätzen zu verbieten. Nach wie vor soll es aber erlaubt bleiben, Cordhüte zu tragen und gleichzeitig einen Dackel hinter sich her zu schleifen. Essens neuer Oberbürgermeister Klaus 'Putzteufel' Reiniger machte seinem Namen gleich nach der Kommunalwahl alle Ehre, als er vorschlug, Arbeitslose zur Straßenreinigung und zum Entfernen von Dackelkotbällchen in öffentlichen Parkanlagen einzusetzen. Immerhin eine alte biblische Weisheit: Wer nicht arbeitet, braucht auch nichts zu (oder in) Essen. Am Bochumer Hauptbahnhof wird dagegen ein klassisches Konzept gefahren. Da lungern seit ein paar Jahren doppelt so viele Grenzschilder, Drogenfahnder und GSG 9-Einheiten wie die üblich verdächtigen Punks herum, um

zusammen mit der BoGeStra Ihre - genau Ihre - Sicherheit zu gewährleisten, indem das gemeingefährliche Herumsitzen auf Treppenstufen und das lebensbedrohliche (u.U. sogar krankheitserregende) Rauchen in U-Bahnhöfen mit eisernem Besen ausgekehrt werden.

Im Vergleich zu diesen drei Ansätzen liegt New York nach langjähriger 'Zero Tolerance'-Politik um Längen vorne: Konsequenterweise packt man das arbeitsscheue Gesindel dort schon lange nicht mehr in den Knast oder ins Arbeitslager, sondern erschießt es einfach. Das spart Unterbringungskosten und lästige bürokratische Verwaltungsakte. Also, liebe Kommunalbonzen, das können „Wir in NRW“ auch: Den Bullen einfach erlauben, das Herumstehen in Hauseingängen mit 48 Pistolenschüssen zu ahnden; genau wie in New York wird sich schon ein Richter finden, der einen solchen Mord augenzwinkernd als Betriebsunfall interpretieren und mit Freispruch belohnen wird.

Jørch Schønewerk
AMS Bochum



Rattenschießen

Woody Allens neuestes Werk

Woody Allen kann gar keinen schlechten Film drehen. Jedes Jahr kommt ein neues Werk in die Kinos, doch die Geschichten sind oft ähnlich und die Witze pendeln zwischen Orgasmusproblemen und Therapiesofas. In Sweet and Lowdown hat er zum ersten Mal seit zehn Jahren die New Yorker Upper-East-Side verlassen und die literarische Oberschichtsfamilie mit der jüdischen Identitätskrise zu Hause gelassen.

Nach den letzten vulgär-witzigen Komödien *Harry außer sich* und *Celebrity* hat Woody Allen nun einen vorgetäuschten Dokumentarfilm

über Emmet Ray, den zweitbesten Jazzgitarristen der 30er Jahre, gedreht. Zu lachen gibt es weniger als üblich. Emmet Ray hat es allerdings nie gegeben und die interviewten Jazzexperten erzählen haarsträubende Lügengeschichten. Der Dokumentarteil ist übrigens erstaunlich schlecht synchronisiert: Die Stimmen folgen den Mündern nicht.

sahnetörtchen

...

Im Spielfilmteil spielt Sean Penn überzeugend den eingebildeten Gitarristen, der eine völlig übersteigerte Karikatur eines Machos ist. Gefühle kennt er nicht, dafür geht er lieber auf dem

wenn er den besten Gitarristen der Welt, Django Reinhardt, sieht, fällt er sofort in Ohnmacht. Durch eine verlorene Wette kommt der Künstler mit der stummen Hattie zusammen, die sich gegen seine gemeinen Sprüche nicht wehren kann, es aber liebt, sich zu seiner Musik mit Sahnetörtchen vollzustopfen. Nach einer überstürzten Heirat mit der kühlen Autorin Blanche (Uma Thurman, bekannt aus *Pulp Fiction*) erkennt er, dass er sein stummes Opfer wirklich liebt.

... und gedudel

Woody Allens Film ist vor allem eine Liebeserklärung an den Jazz. Auf die Idee, den zweitbesten Gitarristen der Welt zu erfinden, der zudem noch ein Arschloch ist, wäre kein anderer gekommen. Hartnäckig und unbelehrbar hält Allen in Filmen, sowie selbst als Klarinetist, am Dixieland fest. Diese Richtung wird normalerweise seit dem Modern Jazz von Miles Davis nur von Omas beim Grillfest der Stadtwerke nicht für überflüssig gehalten. Die Gitarrenstücke von Emmet Ray sind aber recht gut arrangiert und wirken nicht nervig, wie z.B. das unsäglich Gedudel in *Der Schläfer*. Die Musik bleibt nur das Beiwerk zum Film. Außerdem gelingt es Woody Allen, die vergangenen Zeiten nostalgisch wiederzubeleben und wirkliche Figuren und keine Klischees zu erfinden.

nur für fans

An den auch in den 20er Jahren spielenden Schatten und Nebel reicht *Sweet and Lowdown* aber nicht heran. Der Film ist wie ein Sahnetörtchen, das lecker schmeckt, welches man aber schnell wieder vergisst. Für Woody Allen-Fans ist Emmet Ray natürlich Pflicht. Die anderen können sich davon befreien lassen und sich lieber von göttlichen Meisterwerken, wie *Der Stadtneurotiker*, *Zelig* oder *Bananas*, bekehren lassen.

Felix

Free Mumia!

Seit 1989 verbindet sich auch im deutschsprachigen Raum der Kampf gegen die Todesstrafe in den USA und anderswo mit einem Namen: Mumia Abu-Jamal.

Mumia Abu-Jamal wurde 1954 in einem schwarzen Armenviertel in Philadelphia geboren und wuchs dort auf. Schon mit 14 Jahren wurde er auf einer Demonstration gegen die bestehenden Verhältnisse verhaftet, mit 15 wurde Mumia Mitbegründer und Informationsminister der Black Panther Party in Philadelphia. Seitdem führte auch das FBI eine Akte über ihn und bescherte ihm die Aufnahme in den National Security Index, eine Liste mit Personen, die im Falle eines Notstandes zu inhaftieren sind. Als Radio-Journalist wurde Mumia Abu-Jamal mit dem Beinamen „the voice of the voiceless“ versehen.

Mumia nahm durch seine kritische Berichterstattung im Prozess gegen die Gründer der schwarzen Befreiungsorganisation Move den Kampf gegen das weiße Establishment auf.

Im Dezember 1981 versuchte er, seinem Bruder zu helfen, der bei einer Straßenkontrolle von der Polizei verhaftet werden sollte. Während dieses Handgemenges wurde ein Polizist erschossen. Mumia Abu-Jamal wurde bei diesem Vorfall selbst niedergeschossen, stand seitdem unter Mordanklage und wurde sofort in Isolationshaft genommen.

weißer richter, weiße geschworene

Im Juli 1982 begann der nur vierzehntägige Prozeß vor einer ausschließlich weißen Geschworenengjury unter dem Vorsitz von Richter Albert Sabo. Es war nicht verwunderlich, daß der Richter, der den Rekord in den USA hält, die meisten Todesurteile innerhalb einer Richterlaufbahn gefällt zu haben, Mumia zum Tode verurteilte. Berücksichtigt man, dass in Pennsylvania 6% der Bevölkerung, aber 61% der zum Tode Verurteilten, Schwarze sind, ist der rassistische Hintergrund evident.

Nach Ansicht von Menschenrechtsorganisatio-

nen wie amnesty international, unabhängigen Beobachtern und Juristenvereinigungen war der Prozess von Mumia Abu-Jamal derart mit Fehlern zu Ungunsten von Mumia Abu-Jamal behaftet - Mumias Pflichtverteidiger erklärte sich selbst für inkompetent, potenzielle afroamerikanische Geschworene wurden ausgeschlossen, Beweismittel verschwanden, Zeugen wurden nachweislich unter Druck gesetzt, entlastende Aussagen zu unterlassen etc. - dass diese Organisationen weltweit vernetzt ein neues Verfahren fordern.

schwarzer angeklagter

1999 wurde der zweite Hinrichtungsbefehl gegen Mumia unterzeichnet, der Ende Oktober durch internationalen Druck der Öffentlichkeit von Bundesrichter William Yohn aufgehoben wurde. Damit wurde lebensnotwendige Zeit gewonnen, um den letzten juristisch möglichen Versuch für eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu unternehmen. Hauptforderung von Mumias Anwälten ist es, eine neue Beweisaufnahme zu erwirken, wodurch sich die Chance böte, neue Zeugen und Beweise in das Verfahren aufzunehmen, die von den Vorinstanzen, insbesondere von Richter Sabo, abgelehnt wurden.

Für diesen oder nächsten Monat wird eine richtungsweisende juristische Entscheidung erwartet. Demnach befinden wir uns in der kritischsten Phase im Kampf um Mumias Leben, der ein Kampf für die Freiheit aller politischen Gefangenen und gegen die Todesstrafe ist. Deshalb werden am 13. Mai 2000, dem weltweiten Mumia-Abu-Jamal-Aktionstag, die Forderungen nochmals verdeutlicht werden, um auf die amerikanische Justiz vehementen Druck auszuüben.

Christiane Wachtel



Sweet and Lowdown
USA 1999, 95 Min.
R+B: Woody Allen; D: Sean Penn, Samantha Morton, Uma Thurman, Woody Allen; M: Dick Hyman
Zu sehen im cinema im Uni-Center jeweils um 17.45h, 20h und 22h15



seit 1981 im Knast:
Black Panther-Aktivist

Beschwerden loswerden

Das Unrecht ist schreiend und regelmäßig unübersehbar für alle, die nicht vollends gefangen sind in der Propagandamaschine der bürgerlichen Medien.

Deshalb muss der Petitionsausschuss des deutschen Bundestages flugs die notdürftig zurecht gezimmerte Ausrede vortragen: „Kein Staat, keine politische Institution, keine Verwaltung und keine Gesellschaft kann unfehlbar sein.“

Die bundesrepublikanische Verfassung greift dieser idealistisch banalen Analyse bereits vor, indem sie Petitionen (von lat. Petitio – Bitte, Gesuch, Verlangen) als ‚ausserrechtliche Gnadengesuche‘ vorsieht, die alle (d.h. auch „Minderjährige, Ausländer, Staatenlose und Strafgefangene“) an alle Behörden, Einrichtungen, AmtsträgerInnen und v. a. an den Petitionsausschuss adressieren können. Dieser fleht in seiner Internetpräsenz förmlich nach Unsinnigkeiten zur Rechtfertigung seiner Effektllosigkeit.

Daher wollen wir an dieser Stelle in den nächsten Wochen von den Grundregeln für Petitionen und einigen Beispielen aus der täglichen Arbeit des Petitionsausschusses übergehen zu eigenen konstruktiv-subversiven Anregungen zur individuellen Ausgestaltung durch unsere LeserInnen, die sich anschließend auf eine verfassungsmäßig garantierte Antwort mit Bundesadler freuen dürfen.



Dienstag, 11. April

19h, Essen, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100 Wir sorgen für Bewegung! - Der neue staatliche Zwang zur Arbeit

In den letzten Jahren steigern sich die Auseinandersetzungen um die sozialen Sicherungssysteme und das Problem der Arbeitslosigkeit. Verknüpft werden beide Bereiche gerne mit der Formel: „Wer Arbeit will, kriegt auch eine!“. Auf der Veranstaltung sollen die diversen Arbeitszwangsmaßnahmen vorgestellt werden, und ihre Konsequenzen für die Gesellschaft und den/die Einzelne/n beschrieben werden.

Veranstaltung der JungdemokratInnen/Junge Linke Essen mit Dirk Burczyk (JD/JL NRW)

Info: <http://www.jungdemokratinnen.de/aktuell/essen114.htm>

Donnerstag, 13. April

19h, Bahnhof Langendreer, Raum 6, Wallbaumweg 108, Bochum

Europakonzeptionen der extremen Rechten

Während russische, italienische und französische Rechte über veränderte weltpolitische Voraussetzungen nachdenken und zur Durchsetzung ihrer Ziele neue Konzepte entwerfen, bewegen sich die politischen Vorstellungen der deutschen extremen Rechten noch immer in einem steifen nationalistischen Korsett. Über die verschiedenen Netzwerke der extremen Rechten und ihrer unterschiedlichen historischen und aktuellen Europakonzeptionen informiert Jean Cremet. Der Referent ist in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig und veröffentlicht in blick nach rechts, ak und Jungle World.

Freitag, 14. April

17h, Husemannplatz (Bochum-Innenstadt) Demonstration für ein politisch-kulturelles Zentrum in der Bochumer Innenstadt

Wem gehört die Innenstadt? Denen, die dort ihre einkaufspaläste errichten, denen die Menschen vertreiben (lassen), weil dieses das Stadtbild stören, denen, die nach Sicherheit schreien und damit soziale Ausgrenzung und Kontrolle meinen? Oder gehört sie allen, die in dieser Stadt leben?

Der freiraum e.V. fordert zusammen mit zahlreichen anderen linken Gruppen der Stadt Räume in der Innenstadt für ein politisch-kulturelles Zentrum.

Samstag, 15. April

12h, Oberhausen-Osterfeld, Bahnhof-Süd Demo No Nazis! Kampf der NPD/JNI! Stand up & fight!

Mit Udo Holtmann und Wolfgang Duda wohnen zwei der wichtigsten NPD-Funktionäre in Oberhausen, das auch Sitz der Druckerei der NRW-Zeitung der NPD ist. Hier ist also ein guter Ort, um gegen die NPD zu demonstrieren, die im Vorfeld der Landtagswahlen in NRW, zu der sie kandidieren wird, auch in Essen am 6. Mai eine Großdemonstration durchführen will.

Es rufen zahlreiche antifaschistische Gruppen aus NRW auf

Sonntag, 16. April

15h-18h, Bahnhof Langendreer, Raum 6, Wallbaumweg 108, Bochum

Gründung eines FrauenLesben-Plenums

Mit einem monatlichen Plenum soll ein Kommunikations-, Vernetzungs- und Aktionszusammenhang geschaffen werden.